



Position zu den Freihandelsabkommen TTIP und CETA

1 Seit Juni 2013 verhandelt die EU-Kommission mit Vertreter*innen der US-Regierung über die Transatlantische
2 Handels- und Investitionspartnerschaft, kurz TTIP (engl.: Transatlantic Trade and Investment Partnership). Ein
3 ähnliches Abkommen zwischen der EU und Kanada, das Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen, kurz
4 CETA (engl.: Comprehensive and Economic Trade Agreement) wurde von 2009 bis September 2014 verhandelt und
5 muss nun noch ratifiziert werden.

6

7 Die geplanten Freihandelsabkommen greifen erheblich in die zukünftigen politischen und gesellschaftlichen Ge-
8 staltungsspielräume ein und gefährden eine gute und zukunftsweisende soziale und ökologische Entwicklung in
9 Deutschland. Damit verändern die Freihandelsabkommen auch die Perspektiven junger Menschen.

10

11 **Daher fordern wir:**

- 12 1. transparente Verhandlungen unter Einbeziehung demokratisch legitimer Akteur*innen und
13 Veröffentlichung von Verhandlung(zwischen)ergebnissen;
- 14 2. die Sicherung von progressiven Umwelt- und Verbraucherschutzstandards, um eine Negativanpassung an
15 die unterschiedlichen Gesetzesvorgaben der Verhandlungspartner*innen zu verhindern;
- 16 3. den Schutz von regionalen Wirtschaftskreisläufen insbesondere im Bereich der bäuerlichen Landwirtschaft
17 und des öffentlichen Beschaffungswesens;
- 18 4. den Verzicht auf internationale Investor-Staats-Schiedsverfahren, um politische Gestaltungsspielräume
19 nicht zu Gunsten großer Unternehmen zu beschneiden;
- 20 5. den Schutz von öffentlichen Dienstleistungen, damit elementare Bereiche wie Bildung und
21 Wasserversorgung nicht bzw. nicht weiter liberalisiert werden;
- 22 6. die Regulierung und Ökologisierung des internationalen Finanzsektors anstatt einer weiteren
23 Deregulierung im Zuge der Freihandelsabkommen;

- 24 7. internationale Solidarität und Kooperation mit Ländern des globalen Südens anstatt einer Verschärfung
25 der bestehenden Ungleichheiten;
- 26 8. die Sicherung von Arbeits- und Menschenrechten, um eine Negativanpassung an die unterschiedlichen
27 Gesetzesvorgaben der Verhandlungspartner*innen zu verhindern.

28

29 **Erläuterungen und Begründungen unserer Forderungen**

30 **Zu 1. Transparenz:** Statt Geheimverhandlungen braucht es eine breite öffentliche Diskussion um ein soziales und
31 ökologisches Verhandlungsmandat auf beiden Seiten. Hierzu müssen umfassende und aktuelle Informationen und
32 der vollständige Einblick in alle Verhandlungsdokumente für die Öffentlichkeit und Parlamente gewährleistet sein.
33 Der Einfluss von Wirtschaftslobbyisten muss zurückgedrängt werden.

34

35 **Zu 2. Umwelt- und Verbraucherschutzstandards:** Da durch die alleinige Senkung/Abschaffung von Zöllen kaum
36 mehr Gewinnsteigerungen möglich sind, wird es in weiten Teilen der Abkommen um die Angleichung von Stan-
37 dards gehen. Dabei steht zu befürchten, dass eine Anpassung „nach unten“ vorgenommen wird. Die strengeren
38 europäischen Standards sind jedoch nicht verhandelbar. Sie dürfen weder abgesenkt noch durch eine gegenseitige
39 Anerkennung US-amerikanischer und europäischer Standards unterlaufen werden. Zudem ist eine umfassende
40 Kennzeichnungspflicht von Inhaltsstoffen und Herstellungs- und Behandlungsmethoden zwingend – auch für ver-
41 arbeitete Produkte.

42

43 **Zu 3. Regionales Wirtschaften:** Mit TTIP und CETA wären auch europäische Regelungen zum nachhaltigen oder
44 regionalen Beschaffungswesen gefährdet. Die eigene Region gezielt zu stärken oder soziale und ökologische Ziele
45 zu berücksichtigen, muss weiterhin möglich bleiben. Insbesondere braucht eine bäuerliche und zukunftsfähige
46 Landwirtschaft ein faires Handelssystem, das die Interessen von Bäuerinnen und Bauern berücksichtigt und nicht
47 die Interessen der Agrarindustrie bedient.

48

49 **Zu 4. Internationale Investor-Staats-Schiedsverfahren:** Die als „Investitionsschutz“ verkaufte Sondergerichts-
50 barkeit, bei der Konzerne Staaten außerhalb des normalen juristischen Weges verklagen können, bedroht die Un-
51 abhängigkeit unserer Demokratie. Wenn Regierungen und Parlamente aus Angst vor Schadenersatzansprüchen auf
52 notwendige und gewollte Regelungen und Gesetze etwa zu Umwelt-, Klima- und Arbeitsschutz verzichten, ent-
53 spricht dies nicht unserem demokratischen Grundverständnis. Bereits heute führen internationale Schiedsverfah-
54 ren dazu, dass Umweltvorgaben - beispielsweise im Fall des Kohlekraftwerks Moorburg in Hamburg - gesenkt wur-
55 den.

56

57 **Zu 5. Schutz öffentlicher Dienstleistungen:** Die vorgesehene Öffnung der Märkte im Dienstleistungssektor droht,
58 öffentliche Beschaffung, Gesundheitswesen, Wasserversorgung und Bildung noch stärker zu liberalisieren. Dadurch
59 könnte die öffentliche Daseinsvorsorge noch weiter privatisiert werden, verbunden mit Kostensteigerungen für
60 Verbraucher*innen, Ausdünnung der Angebotsvielfalt, Qualitätsverlust und Gewinnmaximierung von Großkonzer-

61 nen. Damit droht auch eine Einschränkung des Zugangs und der Teilhabemöglichkeiten junger Menschen in vielen
62 Lebensbereichen.

63

64 **Zu 6. Ökologisierung des Finanzsektors:** Die Deregulierung der Finanzmärkte und ökonomische Ungleichgewich-
65 te innerhalb der EU infolge von Lohnkonkurrenz sind eine wesentliche Ursache der europäischen Wirtschaftskrise.
66 Mit TTIP und CETA sollen Finanzdienstleistungen noch weiter dereguliert werden. Die politische Macht der Finanz-
67 industrie würde gestärkt, Lohn- und Steurdumping und damit sinkende Einnahmen der öffentlichen Haushalte
68 wären die Folge.

69

70 **Zu 7. Internationale Solidarität und Kooperation:** Die Schaffung der durch TTIP und CETA beabsichtigten welt-
71 größten Freihandelszone erhöht den Wettbewerbsdruck auf Entwicklungs- und Schwellenländer. Somit besteht die
72 Gefahr, dass durch die Freihandelsabkommen bestehende globale Ungerechtigkeiten verschärft und Bemühungen
73 im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zunichte gemacht werden.

74

75 **Zu 8. Arbeits- und Menschenrechte:** Gewerkschaften beklagen Arbeitsplatzverluste in der Industrie, sinkende
76 Löhne, Unterlaufen vor Arbeitsmindeststandards und wachsende Einkommensunterschiede als Folge des Freiha-
77 ndels, indem Arbeitsstandards an das jeweils niedrigere Niveau angeglichen werden. In der EU sind Massenarbeitslo-
78 sigkeit, Druck auf Löhne und die Ausweitung prekärer Beschäftigung die Folgen schwacher Sozialstandards im
79 liberalisierten Binnenmarkt. Dies ist kein Modell für eine transatlantische Freihandelszone.

80

81 Beschlossen auf der Bundesvorstandssitzung der NAJU am 12. April 2015 in Köln.

82

83 Wir verweisen auf die anderen Positionspapiere der NAJU und auf die Positionen des Naturschutzbundes (NABU)
84 Deutschland e.V.